

Die Krise kommt auch im Adlon an

Luxushotels in schwerer See

Von Julia Emmrich

Berlin. Vielleicht kommt Barack Obama im Herbst nach Berlin, kann sein, dass er wieder im Adlon absteigt und dass der Fünf-Sterne-Himmel dann wieder wolkenlos erscheint: Im Moment aber steuern die deutschen Luxushotels durch schwere See – das Adlon am Brandenburger Tor schickt seine Mitarbeiter in Krisenurlaub, in anderen großen Ketten wird laut Gewerkschaften sogar über Kurzarbeit nachgedacht.

Im noblen Adlon am Brandenburger Tor rechnet man bis zum Jahresende mit einem Belegungsminus von 20 Prozent. Im Krisenjahr 2009 wäre dann jeder fünfte Gast weggeblieben. Vor allem das Tagungsgeschäft sei eingebrochen.

Die rund 400 Mitarbeiter sollen deshalb in den kommenden Wochen soviel Urlaub nehmen wie möglich. „Zwangsurlaub“? Das hören sie hier nicht so gerne. Und der Gast merke davon sowieso nichts. Die Krise trifft die Hotelbranche unmittelbar: „Der Preiskampf ist ausgebro-



Teilsicht des Adlon in Berlin. (Foto: AP)

chen, die Leute buchen kürzer, die Gruppen werden kleiner“, heißt es auch beim Berliner Intercontinental.

In guten Zeiten sind viele Unternehmen großzügig bei Dienststreifen oder Tagungen. „In der Krise wird das alles eingedampft“, so Guido Zeitler, von der Gewerkschaft Nahrungsgenuss-Gaststätten (NGG). Beim Adlon setzen sie jetzt auf den Herbst: Zum 20. Jahrestag des Mauerfalls seien die Buchungslisten schon gut gefüllt. „Und falls Obama kommt“, heißt es dort, „eine der drei Präsidentensuiten machen wir dann schon frei.“

Preise für Neuwagen sinken

Deutsche zahlen aber mehr als Nachbarn

Brüssel (OTZ/fed.). Käufer neuer Autos haben in den vergangenen Monaten nicht nur von der Abwrackprämie profitiert, sondern auch von sinkenden Preisen. Neuwagen kosteten in Deutschland nach Berechnungen der EU-Kommission im Januar 2009 fast ein Prozent weniger als zwölf Monate zuvor, wenn man reale – also um die Inflation bereinigte – Preise zu Grunde legt.

Allerdings sind die Anschaffungskosten für das eigene Fahrzeug in den meisten anderen EU-Staaten noch deutlicher gesunken. In Lettland und Estland stürzten die Preise im Schnitt um mehr als 14 Prozent, in Tschechien um 13 Prozent, in Polen immerhin noch mehr als neun Prozent. Wechselkursbedingt konnten sich außerdem auch die Briten über deutliche Abschläge freuen – real fast zehn Prozent.

Deutschland ist mittlerweile in der ganzen EU das teuerste Land für den Neuwagen-Einkauf. Die Bundesrepublik hat nun auch die bisherigen Spitzenreiter Tschechien und die Slowakei überholt. Die Preise in Deutschland liegen den EU-Kalkulationen zufolge um gut fünf Prozent über dem Durchschnitt im Euro-Raum.

Heimliche Milliardenmänner

In Berlin agieren vier Top-Beamte wie eine Schatten-Wirtschaftsregierung

Von Dirk Hautkapp

Berlin. Es war der Samstagmorgen nach der Nacht, als Opel gerettet wurde – vorläufig jedenfalls.

Als die Steinbrücks, zu Guttenbergs und Merkels noch daheim beim Kaffee saßen und über Haken und Ösen des Verhandlungsmarathons grübelten, kletterten zwei blasse Brillenträger auf das Rednerpodium der Bundespresskonferenz. Übermüdet, aber doch routiniert erklärten sie den Journalisten im Schellendurchgang das Kleingedruckte des Deals.

Kaum jemand kennt die zurzeit wohl einflussreichsten Männer der Bundesrepublik. Aber wenn Banken Milliarden wollen, um ihre giftigen Kredite zu entschwebeln, wenn Konzerne nach Bürgschaften rufen, um ihre Geschäfte über Wasser zu halten, führt an Jens Weidmann und Jörg Asmussen kein Weg vorbei. Der erste berät als parteiloser Abteilungsleiter im Kanzleramt Angela Merkel in Wirtschaftsdingen. Der andere, SPD-Mitglied, erledigt für Finanzminister Peer Steinbrück die Arbeit, die außerhalb der Reichweite von Fernsehkameras wartet.

Mit ihren beiden Kollegen Lutz Diwell aus dem Justizressort und Walther Otremba im Wirtschaftsministerium bilden sie die Speerspitze der staatlichen Krisenbekämpfung. Hochkompetente Top-Beamte, die der Zufall ins Epizentrum der Finanzmalaise mit nicht selten 16-stündigen Arbeitstagen gespült hat – sagen die einen. Der parlamentarischen Kontrolle weit entrückte Regierungsbeamte, die in demokratisch nur geringfügig legitimierten Gremien mit schwindelerregenden Summen hantieren – sagen die anderen.

Am Montag hatten Asmussen (42), ein meist cool und vielwissend dreinblickendes Nordlicht, der Vater Feuerwehrmann, die Mutter Lehrerin, und Weidmann (41), Papa Ingenieur, Mama Lehrerin, wieder einen ihrer großen Auftritte. Im Lenkungsausschuss für den „Deutschlandfonds“ ist



Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen auf dem Weg zu einem Meeting im Kanzleramt. (Foto: AFP)

nämlich entscheidend, ob sich ihre Daumen nach unten senken oder ob sie nach oben zeigen, wenn es um die Gewährung von Hilfen in Milliardenhöhe geht. Unten war bei ihnen am Montag da, wo Arcandor ist.

Nicht, dass sie ihre Arbeit schludrig machten, wer will das schon beurteilen angesichts der Geheimniskrämerei hinter den verschlossenen Türen. Aber hat nicht der Steuerzahler ein Anrecht darauf zu erfahren, unter welchen Gesichtspunkten über die Kredite

und Bürgschaften der öffentlichen Hand für darben Konzerne befunden wird? Müssen nicht die, die den Tanker Deutschland durch die Krisen manövrieren, ihr Kursbuch offenlegen?

Nein, das müssen sie nicht. Warum jüngst ein Wormser Autozulieferer leer ausging, der Heidelberger Druckmaschinen AG jedoch Staatshilfen in dreistelliger Millionenhöhe bewilligt wurden, entzieht sich der demokratischen Meinungsbildung. Mit dem Standard-Hinweis, es

handele sich bei der Grundlage um sensible Unternehmensdaten, dringt über die Entscheidungsfindung des Lenkungsausschusses allenfalls noch das Resultat an die Öffentlichkeit.

Hoffentlich weiß da der Haushaltsausschuss des Bundestages, das mächtigste Parlamentariergremium, mehr. Aber Otto Fricke (FDP), der Vorsitzende, muss die Erwartungen enttäuschen: „Es gibt quer durch alle Parteien immer mehr Unbehagen über das Demokratie-Defizit dieses Gremiums. Wir Parlamentarier werden möglichst nur im Nachgang, am liebsten gar nicht informiert“, sagte der Niederrheiner der OTZ.

Und damit liegt er in der Sache gar nicht mal so weit entfernt von Abgeordneten der Linkspartei, die bereits von einer „massiven Ent-Demokratisierung“ sprechen. Auch Alexander Bonde, Haushaltspolitiker der Grünen, sieht das im Gespräch mit dieser Zeitung ähnlich: „Die, die diese milliardenschweren Hinterzimmer-Entscheidungen treffen, müssen sich nie einem Wähler stellen.“ Das der Bundestag „systematisch rausgehalten wird“ und wirksame Regierungskontrolle somit unterbleibe, hält Bonde für „brandgefährlich“.

Wie Bonde, so zweifelt auch Ausschussvorsitzender Otto Fricke die Kompetenz des Duos Weidmann/Asmussen, die sich seit Bonner Studienzeiten kennen und von Bundesbank-Präsidenten Axel Weber gefördert wurden, und der anderen Staatssekretäre nicht an, sondern spricht von „fleißigen und versierten Leuten“. Ein Dorn im Auge ist ihm jedoch die Informationspolitik. „Ich fordere eine unverzügliche, eine konstitutive Unter- richtung. Es darf kein Geld freigegeben werden, wenn das Parlament nicht vorher angemessen über die Details beraten kann. Die Öffentlichkeit muss erfahren, nach welchen Kriterien der Staat einem Unternehmen Hilfen in mehrstelliger Millionenhöhe gewährt, sie dem anderen hingegen verwehrt.“

Wer entscheidet über die Vergabe von Milliardenhilfen?

- Basis ist der „Deutschlandfonds“, den die Bundesregierung bis Ende 2010 aufgelegt hat, um notleidenden Unternehmen unter die Arme greifen zu können.
- Sein Volumen beträgt 25 Milliarden Euro für Kredite, 75 Milliarden Euro für Bürgschaften, 15 Milliarden extra für Mittelständler.

- Voraussetzungen für eine Unterstützung ist, dass die finanzielle Schieflage des Unternehmens aktueller Natur ist.
- Zudem müssen zuvor alle Möglichkeiten, sich selbst aus der Misere zu befreien, ausgeschöpft sein.
- In der Regel kann eine Firma maximal 300 Millionen Euro beantragen.

- Bis 150 Millionen Euro entscheidet die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), was darüber liegt, fällt in die Zuständigkeit des „Lenkungsausschusses Unternehmensfinanzierung“.
- Er wird – vorher – beraten vom Lenkungsrat, bestehend aus acht ehemaligen Managern, Politikern und Sachverständigen, die zwar mitreden, am Ende al-

- lerdings nicht mitentscheiden können.
- Über Bürgschaften befindet – auf der Grundlage von Empfehlungen der Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers – der Bürgschaftsausschuss.
- Allerdings nur bis zu einer Höhe von 300 Millionen Euro.
- Geht es um mehr Geld, wird der Lenkungsausschuss tätig.

Rechtlich machbar

Jenaer Jurist arbeitet an einem Forschungsprojekt zum Solidarischen Bürgergeld

Von OTZ-Redakteur Oliver Will



Prof. Dr. Michael Brenner

Seit Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) vor rund drei Jahren das Solidarische Bürgergeld vorstellte, reissen die Debatten darum nicht ab.

Im Mittelpunkt standen bislang vor allem die finanziellen Aspekte dieser Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle Bürger. „Doch kaum jemand fragt, wie es mit der rechtlichen Umsetzbarkeit aussieht“, sagt Prof. Dr. Michael Brenner. Der Inhaber des Lehrstuhls für Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Universität Jena will diese Lücke nun schließen. Im Auftrag der Bundes-CDU arbeitet er an einem juristischen Gutachten zum Bürgergeld.

„Es handelt sich um eine wissenschaftliche Analyse, keine parteipolitische Stellungnahme“, betont der Professor. Kern des Gutachtens sei es, die Vereinbarkeit des Althaus-Konzepts mit den derzeitigen Grundstrukturen des Staates zu prüfen. „Denn aus Konflikten in diesem Be-

reich könnten sich regelrechte Totschlagargumente ergeben“, meint Brenner. Daher würden zunächst die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Einführung des Bürgergeldes zu klären sein. Zudem soll ein Ausblick darauf erarbeitet werden, welche Änderungen in der allgemeinen Gesetzgebung nötig wären.

„Bislang haben wir keine Anhaltspunkte dafür, dass die Idee des Solidarischen Bürgergeldes mit der gültigen Rechtsprechung kollidiert“, erklärt Brenner. Beispielsweise bei der Frage des verfassungsrechtlichen Existenzmini-

mums. Hier gebe es keine grundlegenden Zweifel, wohl aber die Notwendigkeit eine Mindestgrenze zu definieren. Auch müsse geklärt werden, ob Krankenkassen verpflichtet werden können, eine Versicherung für 200 Euro anzubieten, wie es im Althaus-Konzept vorgesehen ist. Zudem müssen Regelungen gefunden werden, wie die vorhandenen Anwartschaften auf Rentenbezüge in das neue System überführt werden können.

Auch bei weiteren Themen wie der Integration der Beamten oder die Verteilung der Gesetzeskompetenzen, haben die Jenaer Juristen bislang keine unüberwindlichen Widersprüche zur grundgesetzlichen Ordnung entdeckt. Auch das häufig vorgebrachte Argument, es sei ungerecht, dass auch Besserverdienende das Bürgergeld erhalten, ziehe nicht. „Denn das Grundeinkommen wird ja mit den sonstigen Einnahmen verrechnet, daher entstehen keine Vorteile“, so Brenner. Die Einbeziehung aller sei keine rechtliche Hürde und ziehe auch als politische Prämisse nicht, da derzeit über

steuerliche Regelungen ähnlich verfahren werde.

„Die Einführung des Bürgergeldes würde eine Abkehr von der aktuellen Vielgesichtigkeit des Sozialstaates zu einem einheitlichen System bedeuten“, sagt Brenner. So würden Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung faktisch unter einem Dach vereint, woraus sich eine Vereinfachung ergebe, die auch die Nachvollziehbarkeit durch den Bürger erleichtere. „Allein in der Einschränkung der Bürokratie liegt ein großer Vorteil dieses Modells“, meint der Jurist.

Bis zum Jahresende sollen Ergebnisse des Forschungsprojektes vorliegen, später ein Buch zum Thema erscheinen. Mit einer Umsetzung des Bürgergeldes aber rechnet Brenner erst mittelfristig. „Es handelt sich um ein Jahrhundertwerk.“ Die Reaktionen auf seine Vorträge seien jedoch über alle Parteien hinweg positiv. „Es wird immer mehr Menschen klar, dass wir nicht einfach weitermachen können wie bisher, sondern über die Zukunft und ihre Finanzierung nachdenken müssen“, so Brenner.

Sonderkonjunktur für Kfz-Gewerbe geht zu Ende

Wirkung der Umweltprämie lässt nach

Erfurt (OTZ/Johr). Die Sonderkonjunktur durch die Umweltprämie geht nach Einschätzung des Deutschen Kraftfahrzeuggewerbes zu Ende.

„Das markante Absinken von 766 935 Anträgen im April auf 169 909 im Mai ist ein sehr deutliches Zeichen, dass die Branche jetzt die Überholspur verlassen wird“, sagte Verbandspräsident Robert Rademacher gestern am Rande der diesjährigen Mitgliederkonferenz in Erfurt. Für das gesamte Jahr rechnet er mit dem Kauf von 3,4



Robert Rademacher

bis 3,5 Millionen Neuwagen. Etwa jeder zweite Neuwagenkäufer hat laut einer vom Verband in Auftrag gegebenen Umfrage wegen der Umweltprämie den Autokauf auf dieses Jahr vorgezogen. Das entspricht einem Volumen von 675 000 Fahrzeugen. Für das kommende Jahr haben sich die Autohäuser wegen dieses Vorzieheffekts auf eine Durststrecke mit Neuzulassungen „deutlich unter drei Millionen“ einzustellen, meinte der Präsident.

Gegenwärtig verzeichnet die Branche großen Zuwachs vor allem bei kleineren Modellen.

Durch diese veränderte Nachfrage wird der durchschnittliche Neuwagenpreis um etwa ein Fünftel unter dem Vorjahresniveau von etwa 26 000 Euro liegen. Insgesamt rechnet Rademacher für 2009 damit, dass der Gesamtumsatz aus dem Verkauf neuer und gebrauchter Fahrzeuge sowie dem Service um rund zwei Milliarden Euro unter dem Ergebnis des vergangenen Jahres mit 129,5 Milliarden Euro liegen wird. Die Gründe dafür liegen vor allem im schwierigen

Nutzfahrzeuggeschäft. Der Präsident verwies darauf, dass die Umweltprämie, die er insgesamt als positiv für das Kfz-Gewerbe einschätzt, Nebenwirkungen für Teilbereiche im Service und im Gebrauchtwagen-geschäft mit sich bringt: „Die Zahl 1,4 Millionen schwere Mängel, die durch den Austausch alter gegen junge Pkw entfallen, ist für die Verkehrssicherheit positiv, für das Geschäft von Werkstätten mit Schwerpunkt ältere Autos hingegen negativ.“

Das Kraftfahrzeuggewerbe in der Bundesrepublik zählt zirka 39 100 Unternehmen mit 468 000 Beschäftigten.

Verdacht in Erfurt auf NPD-Wahlbetrug

Staatsanwaltschaft prüft

Erfurt (OTZ). Die Staatsanwaltschaft Erfurt hat ein Verfahren wegen des Verdachts der „Fälschung von Wahlunterlagen“ gegen den Thüringer NPD-Landesvorsitzenden, Frank

Frank Schwerdt wurde am Sonntag als einziger NPD-Kandidat in den Erfurter Stadtrat gewählt. Das Thüringer Kommunalwahlgesetz schreibt vor, dass Kandidaten mindestens

drei Monate in der Stadt wohnen müssen, um bei den Wahlen als Kandidat antreten zu können. Nach Angaben des Wahlleiters für die Stadt Erfurt, Rainer Schönheit, müssen sich die Wahlleiter auf die Angaben der Meldebehörden verlassen. Hier sei bei der Prü-



Frank Schwerdt

für Erfurt gemeldet sei, jedoch unter der angegebenen Adresse nicht wohne. Bei Aufenthalten in Thüringen steige er in namentlich genannten Hotels ab. Laut MDR gibt es unter der in den Wahlunterlagen genannten Adresse eine rechtsgerichtete Wohngemeinschaft, jedoch beispielsweise keinen Namenshinweis „Schwerdt“ auf dem Klingelschild. Nach Angaben der Thüringer Landeswahlleitung wird Schwerdt sämtliche Post nach Berlin geschickt. Auch auf Internet-Seiten der Erfurter rechtsextremen Szene wird als Schwerdts Wohnsitz eine Adresse in Berlin angegeben.

fung der Wahlfähigkeit nichts zu beanstanden gewesen. Für die anstehende Landtagswahl gilt, dass Kandidaten mindestens ein Jahr in Thüringen gemeldet sein müssen. Nach MDR-Recherchen will sich Schwerdt fristgerecht im vergangenen Jahr in Jena niedergelassen haben. Er will im so genannten Braunen Haus, der Kreisverbandsstelle der NPD, gelebt haben. In den anonymen Anzeigen wird auch das in Frage gestellt.

Das Strafbuch sieht für die Fälschung von Wahlunterlagen eine Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder eine Geldstrafe vor.

Strom- und Gasverbrauch stark rückläufig

Branche spürt Folgen der Wirtschaftskrise

Berlin (OTZ/kl). Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist der Strom- und Gasverbrauch in Deutschland so stark eingebrochen wie seit dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft Anfang der 90er Jahre nicht mehr. Nach aktuellen Zahlen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sank der Stromverbrauch in den ersten drei Monaten dieses Jahres um vier Prozent und der Gasverbrauch um sieben Prozent.

„Vor allem die verminderte Industrieproduktion hat die Nachfrage nach Strom und Gas gedrückt“, sagte gestern die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, Hildegard Müller, in Berlin. Damit sei der Energieverbrauch inzwischen

seit sechs Monaten rückläufig. So lag die Produktion in der Eisen- und Stahlindustrie in den ersten drei Monaten um mehr als 35 Prozent unter dem Ausstoß der Vormonate. Allein diese Branche hat einen Anteil von knapp fünf Prozent an der gesamten Stromnachfrage. Mit sechs Prozent Anteil spielt die Metallherzeugung auch für die Gasbranche eine bedeutende Rolle.

Auf die Chemieindustrie entfallen rund 14 Prozent des heimischen Gasabsatzes. Auch hier sank die Produktion seit Jahresbeginn deutlich. Weil die Nachfrage von Handel, Dienstleistungen und Privathaushalten aber stabil sei, gehe es der Energiebranche besser als anderen Wirtschaftszweigen, sagte Müller.